

# Sächsische Volkszeitung

**Betragssatz:**  
Ausgabe A mit 2 Seiten: vierstellig 2.10 M. In  
Dresden durch Boten 2.40 M. In ganz Deutschland  
frei Haus 2.52 M; in Österreich 1.48 K.  
Ausgabe B nur mit Gedrucktem vierstellig 1.80 M. In  
Dresden durch Boten 2.10 M. In ganz Deutschland frei  
Haus 2.22 M; in Österreich 1.07 K. — Einzel-Art. 10 J.  
Reklamations-Sprechstunde: 10 bis 11 Uhr vormittags.  
Für Rückgabe eingesandelter Schriften muß sich die Redaktion  
nicht verbindlich verpflichten, wenn Rückporto bei-  
gefügt ist. Brieflichen Anfragen ist Aufmerksamkeit beizufügen.

**Unabhängiges Tageblatt  
für Wahrheit, Recht und Freiheit**  
mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit  
und Sonntagsbeilage Feierabend

**Anzeigen:**  
Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Privat-  
anzeigen bis 12 Uhr.  
Preis für die Zeit-Spalte 20 J. im Heftmaile 60 J.  
Für unbedeutlich gedachte, sowie durch Fernsprecher aus-  
gegebene Anzeigen können wie die Beauftragtheit für die  
Mächtigkeit des Tages nicht übernehmen.  
Geschäftsstelle und Redaktion Dresden, Holbeinstraße 48

Nr. 233

Fernsprecher 1366

Freitag, den 11. Oktober 1912

Fernsprecher 1366

11. Jahrg.



Pelzwaren  
vom einfachsten bis feinsten Genre  
**PAUL HEINZE**  
Spezial-Pelzwaren- und Mützengeschäft  
Dresden-A., Ringstraße 26  
unweit Ecke Viktoriastraße, gegenüber der Land-  
ständischen Bank  
Reparaturen und Neuansfertigungen

## Krieg!

Noch steht die ganze Welt unter dem Eindrucke der gestrigen Nachricht, daß das kleine aber kriegslüstige Volk der Montenegriner, unbekümmert um alle Großmächte Europas, kurzer Hand zu den Waffen gegriffen hat, um sich mit dem neutralen Gegner wieder einmal zu messen. Entente, Demarchen, Aktionen, und wie alle die Kunststücke der Diplomatik heißen, sie haben König Nikita nicht abgehalten, zum Schwerze zu greifen, um die feinen Händen der diplomatischen Vermittler zu durchreichen und die Entscheidung der Waffen anzurufen.

Ist König Nikita nur der Geschobene? Und wer ist der Schiebende? Wo sind die treibenden Kräfte? Ist es König Nikitas Schwiegersohn, der den Fürsten der schwarzen Berge zum Kriege gegen einen Feind antreibt, mit dem er selbst eben Frieden geschlossen, der aber noch nicht völkerrechtlich in Kraft getreten ist? Oder sind die Treiber in Sofia und Belgrad zu suchen, wo man sich scheut, die Vorstellungen der Mächte mit einer sofortigen Kriegserklärung zu beantworten? Oder ist trotz allem Rußland die treibende Kraft? Nicht als ob in Sazonows Friedensversicherungen Zweifel zu segen seien und die russische Regierung als unüberträfflicher Komödiant hinzustellen sei, aber es gibt in Rußland kriegstreibende Kräfte, die im Gegensatz zu den amtlichen Leitern der russischen Politik zu stehen scheinen. Es mag ja fraglich sein, ob diese Kräfte stärker sein werden als Sazonow, aber die Möglichkeit, daß sie die Balkanstaaten zum Angriff gegen die Pforte ermunterten, ehe das Eingreifen der Mächte wirkungsvoll wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Erst vor wenigen Tagen hat der König von Montenegro erklärt, er werde ohne Rußlands Zustimmung nichts gegen die Türkei unternehmen; sein jetziges Handeln läßt also nur eine zweifache Deutung zu: entweder handelt er im Einvernehmen mit Rußland oder aber seine Erklärung war nur ein diplomatisches Manöver und er zieht in den Krieg, wenn auch nicht mit ausdrücklicher Einwilligung Rußlands, so doch in dem Bewußtsein, daß er nicht gegen Rußlands Willen handelt. Es wird sich ja bald zeigen, wo Montenegros Hintern sitzt; vor allem werden sich jetzt die drei anderen Mächte zu einer sofortigen Stellungnahme entscheiden müssen.

Montenegro kann 40–50 000 Mann aufstellen, gegen welche die Türkei über zirka 72 000 Mann verfügt. Das Hauptquartier der Montenegriner ist Podgorica, ihr Ziel scheint Skutari zu sein. Vorläufig wird bei Verane bestigt gefärbt. Doch liegt es auf der Hand, daß die Entscheidung des Balkanfriedes hier nicht fallen kann.

Von größter Bedeutung ist die Haltung der katholischen Bergbewohner Nordalbiens. Der Erfolg, den Österreich-Ungarn für die katholischen Bergstämme bei der Pforte in letzter Stunde errang, ist ein ansehnlicher, aber er kommt sehr spät, wahrscheinlich zu spät, um noch die schon geflüsterten Verbindungen der Albaner mit den benachbarten Montenegrinern zu lösen. Vermutlich hat das rasche Loschlagen Nikitas auch darin seinen Grund, daß er das neue Friedensangebot der Türkei an die Albaner, vermittelt durch Österreich-Ungarn, nicht wirken lassen wollte. Immer wieder haben die katholischen Albaner darauf hingewiesen, daß sie durch die Grausamkeiten der türkischen Verwaltung den Montenegrinern, die sie nicht lieben, wider Willen in die Arme getrieben würden; ihre Vorstellungen waren immer vergeblich und nun, da endlich die Pforte ihrem Begehr entgegenkommt, wird das Misstrauen dieser Bergbewohner, die so oft von Konstantinopel getäuscht wurden, wahrscheinlich so stark sein, daß viele von ihnen als Bundesgenossen zu den Montenegrinern stoßen werden. Das wird diesen sehr zustatten kommen.

Inwieweit die drei anderen verbündeten Mächte eingreifen werden, scheint in Sofia, wo das Zentrum aller diplomatischen Entscheidungen ist, zurzeit noch nicht festgelegt zu sein.

Telegraphisch wird weiter gemeldet:

Konstantinopel, 10. Oktober. Das 1. Artillerie-Regiment in Vera ist heute nach dem Kriegsschauplatz abgerückt. Das Kriegsministerium bereitet die Einberufung des Landsturmes vor und teilt mit, daß der Kampf bei Verane noch andauere. Albanische Freiwillige, Reserve- und Landsturmtruppen sind vor dem noch unzwingelten Verane eingetroffen. Das Kriegsministerium meldet ferner, daß kleine Bandenkämpfe an der bulgarischen, serbischen und griechischen Grenze stattgefunden haben. Ein vom Groß-

wesir veranlaßtes Erade fordert die Einstellung aller Universitätshörer in das Heer und ihre Entsendung nach dem Kriegsschauplatz.

Saloniki, 9. Oktober. Essad Pascha, der den March auf Skutari fortsetzte, hatte in der Gegend von Verane ein Bataillon zur Sicherung der Straße zurückgelassen. Dieses wurde von starken Arnautenscharen angegriffen und erlitt schwere Verluste. Die Arnauten sind jedoch mit empfindlichen Verlusten zerstört worden.

Paris, 10. Oktober. Dem „Matin“ wird von seinem Sonderberichterstatter aus Sofia gemeldet: Der Ministerrat, dem auch der Präsident der Sobranje beinhaltet, hat abermals die endgültige Fassung der Antwort auf die Note der Mächte vertagt. Gerüchtweise verlautet, daß die Antwort Bulgariens nicht vor Sonnabend oder Montag erfolgen werde.

Konstantinopel, 10. Oktober. Das Kriegsministerium hat den ausländischen Korrespondenten das Betreten des Kriegsschauplatzes untersagt. Zahlreiche, namentlich englische Berichterstatter waren vergebens. Auch die türkischen Korrespondenten sollen nicht zugelassen werden. Der Kriegsminister gab der Presse eingehende Verbaltungsmöglichkeiten, um die Veröffentlichung nichtamtlicher militärischer Meldungen zu verhindern. Nur Telegramme, die durch die Zensur gegangen sind, dürfen veröffentlicht werden. Auch die Bekanntgabe ergänzender Kriegsmeldungen in den Zeitungen ist untersagt. Die gejante Bekanntgabe militärischer Meldungen wird durch das Pressebüro erfolgen.

London, 10. Oktober. Neben das gestrige Gefecht bei Podgorica meldet das Reutersche Bureau: Die montenegrinische Armee hat heute vormittag den Krieg gegen die Türkei mit einem Angriffe auf die starke türkische Stellung gegenüber von Podgorica begonnen. Nach einem vierstündigen Artilleriekampfe rückten die Türken die Höhen von Planinitsa. Die Montenegriner rückten zum Angriff auf Detilj vor. Nachmittags trafen türkische Verstärkungen ein. Es entspans sich ein allgemeiner Kampf, der zurzeit noch andauert.

Um 8 Uhr morgens feuerte von der montenegrinischen Stellung aus der jüngste Sohn des Königs Artilleriekapitän Prinz Peter das erste Geschütz auf die türkische Stellung ab. Die Musik im Hauptquartier spielte die montenegrinische Hymne. Nach 21 Minuten vertieft die Artillerie die Türken aus ihrer ersten Stellung auf dem Berg Planinitsa. Nachdem der Berg von den türkischen Truppen geräumt worden war, rückten die Montenegriner mittags unter dem Schutz ihres Geschützfeuers langsam gegen den starkbesetzten türkischen Berg Detilj vor, der die Straße von Skutari beherrschte. Um 2 Uhr nachmittags landeten türkische Truppen am Ufer des Skutari-Sees unweit der montenegrinischen Grenze. Es entwickelte sich ein Kampf, der auf der ganzen Front bis gegen Abend andauerte. Der König war vormittags mit dem Prinzen Mirko auf einen bei Podgorica gelegenen Berg geritten und später in das Hauptquartier wieder zurückgekehrt, wohin gegen mittags auch der Kronprinz Danilo, der der Oberbefehlshaber ist, und Prinz Peter vom Kampfseide zurückkehrten, um mit dem Vater zu beraten.

Sofia, 9. Oktober. Im ganzen Königreiche bildeten sich Komitees zur Unterstützung der Familien der Eingekerkerten. Die Gymnasiasten gründeten eine besondere Legion, die dem Militär zur Verfügung gestellt wird. Zahlreiche Schüler und Radfahrer treten in den Dienst des Roten Kreuzes.

Odessa, 9. Oktober. Mit Genehmigung der Regierung hat das griechische Konsulat mit dem Einschreiben von Kriegsfreiwilligen begonnen. Es haben sich bereits 150 Mann gemeldet.

Moskau, 9. Oktober. Hente haben sich auf einer großen Sympathieversammlung für Serbien 3000 Freiwillige eingeschrieben.

## 8. Kongress der christlichen Gewerkschaften

Dresden, den 9. Oktober 1912.

Zum Nachstehenden holen wir die Ausführungen des Gesamtverbandsekretärs Baltesch (Köln) über „Stellung und Aufgaben der Bezirks- und Ortskartele in den christlichen Gewerkschaften“ nach:

Seit dem dritten Kongress der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1901 in Krefeld hat der Zentralisationsgedanke in denselben in verhältnismäßig kurzer Zeit geradezu glänzende Fortschritte gemacht. Die damals noch bestehenden selbständigen Landes- und Bezirksverbände, sowie die lokalen Schuhvereine sind von den inzwischen gegründeten Zentralverbänden der einzelnen Berufe fast gänzlich aufgesogen worden. Die Zentralverbände, deren Zahl bereits auf 28 gestiegen ist, haben sich zur Erfüllung ihrer gemeinsamen Aufgaben und zur gegenseitigen Hilfe und Stütze in dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands zusammen geschlossen, der zurzeit eine

Mitgliederzahl von etwa 360 000 umfaßt, die sich in weit über 4000 örtlichen Zählstellen über ganz Deutschland verteilen. Die örtlichen Zählstellen haben sich wiederum dort, wo mehrere der selben in Frage kommen, an den verschiedensten Orten und in ganzen Bezirken fortsetzt. Solche örtlichen und bezirksweisen Zusammenschlüsse nennt man Orts- oder Bezirkskartele. Die Orts- und Bezirkskartele sind keine selbständigen Organisationen, sondern haben sich in die Gesamtorganisation der christlichen Gewerkschaften eingezogen und unterstehen dem Vorstande des Gesamtverbandes. Das Aufgabengebiet der Kartele ist ein mannigfaches. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit muß in der Agitation liegen. Man unterscheidet eine innere und eine äußere Agitation. Die innere Agitation bedeutet die zahlmäßige Stärkung der bestehenden Ortsgruppen und ihre innere Konföderation. Erst wenn dieses erreicht ist, und die Festigung der Bewegung am Orte erzielt ist, soll die äußere Agitation, die Neugründung von Zählstellen und das Bestreben, der Bewegung im ganzen lokalen Leben die ihr zukommende Bedeutung zu sichern, in den Vordergrund treten. Zur Erreichung dieser Absicht sind gute, am besten persönliche Beziehungen zur örtlichen Presse eine Notwendigkeit. Die Pflege der Statistik über die einzelnen Organisationen und die Verhältnisse am Orte und die Registrierung der in den sozialpolitischen Institutionen tätigen Arbeitervertreter ist innerhalb der Kartele unerlässlich. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die gründliche Vorbereitung und gewissenhafte Durchführung der sozialen Wahlen. Auch die Förderung der Geistesbildung der Arbeiter durch soziale und volkswirtschaftliche Unterrichtskurse, sowie sozial-studentische Kurse ist Sache der Gewerkschaftskartele. Allen örtlichen sozialen Fragen in den Kommunen sollen die Kartele nachgehen und auf die der Arbeiterschaft nahestehenden Gemeindevertreter und damit auf die Behörden, zugunsten der Arbeiter und Minderbemittelten einwirken. Die Belebung an kommunalpolitischen Wahlen ist jedoch den Kartele als solchen unter keinen Umständen gestattet. Auf genossenschaftlichem Gebiete können dieselben der neutralen Genossenschaftsbewegung, wie sie im Verband westdeutscher Konsumvereine zum Ausdruck kommt, Vorschub leisten, es liegt das im Interesse der Arbeiter. Mit den konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Jugendvereinen sollen sie in beständiger Führung stehen und mit diesen Vereinen auf sozialem Gebiet zusammenarbeiten und, wenn möglich, mit ihnen örtlich gemeinsame „Soziale Ausschüsse“ bilden. Von Interesse dürfte noch sein, daß von den etwa 360 000 Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften Ende 1911 228 729 mit 2121 Ortsgruppen in 245 Kartele zusammen geschlossen waren. Die Zahl der Kartele ist inzwischen auf 266 gestiegen.

Auf dieses Rejero folgte eine Ausprache internen Charakters. Das wesentlichste haben wir schon in der gestrigen Runde erwähnt. Nach beendetem Debatt wurde über das Thema: „Staatsangehörige und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ verhandelt. Der Referent, Geschäftsführer W. Gutschow-Ellerfeld erörtert zunächst Weise und Bedeutung des Verkehrsgewerbes für das gesamte wirtschaftliche und nationale Leben eines Volkes. Dieser ungeheuerne Bedeutung, die beispielweise bei einer Mobilmachung recht augenfällig in die Eröffnung treten würde — und voraussichtlich würde bei uns eine Mobilisierung besser klappen als bei unseren Nachbarn im Osten und Westen (lebhafte Bravo!) — entspricht die Monopolstellung unseres Verkehrsverkehrs und entspricht seine Regelung der Rechtsverhältnisse aller im Verkehrsverkehrs beschäftigten Arbeiter und Beamten. Die Arbeiter haben das Vereinigungsrecht ohne Streikrecht, deshalb lehnen die christlich-nationalen Organisationen für das Verkehrsverkehrs den Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel grundsätzlich ab. Nach preußischem Recht kann die Eisenbahnverwaltung Berufsorganisationen verbieten, wenn sie — ohne gerade direkt sozialdemokratisch zu sein — ordnungseindringlich wirken. Es muß allerdings gezeigt werden, daß die preußisch-hessische Eisenbahnverwaltung in dieser Beziehung außerordentlich liberal ist; sie lädt häufig eine große Portion nebstall, so daß wir in der christlichen Gewerkschaftsbewegung uns oft schon darüber gewundert haben. (Zehn richtig!) Zum Schluß kommt Rejero auf die Vorgänge in Bayern und auf das Verbot des „Deutschen Militärarbeiterverbandes“ zu sprechen. „Ich gehörte“, so führt er aus, „nicht zu der Partei, die jetzt in Bayern oben ist (Heiterkeit), ich bin überhaupt der Meinung, daß man solche Dinge nicht durch die Parteidrille, sondern vom großen nationalen Gesichtspunkte aus ansehen muß. (Beifall.) Und da muß ich sagen: Wir von der Eisenbahner-Angehörigenbewegung unterstreichen die weitblickenden Ausführungen des bayrischen Verkehrsministers voll und ganz. (Beifall.) Und nicht nur wir tun das, sondern auch die Sozialdemokraten tun's. (Heiterkeit.) Hat doch der Süddeutsche Eisenbahnerverband sich mit einer Spende an die Zweite Kammer und auch an die Kammer der Reichs-

räte gewandt — das bedeutet übrigens ungefähr dasselbe, als wenn Rosa Luxemburg an das preußische Herrenhaus petitionieren wolle (große Heiterkeit) — und in dieser Eingabe erklärt er, er habe das Streifrecht niemals als ein gesetzlich zulässiges Kampfmittel betrachtet. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Nach der Interpretation, die „Genosse“ Koll hinterher dieser Erklärung gegeben hat, ist es allerdings nichts weiter als eine Erklärung à la Reinecke Fuchs, und ich nehme an, daß die bayerische Regierung ihr eine besondere Bedeutung nicht beimessen wird. (Lebhafte Beifall.) Doch in Sachen des Deutschen Militärarbeiterverbandes der preußischen Kriegsminister vor dem Geschehen der sozialdemokratischen Presse den Rückzug angereten hat, verstehen wir nicht und bedauern wir; wir können uns nicht denken, daß dieser Verband binnen drei Wochen seine Farbe so gründlich gewechselt haben sollte. Redner befürwortet dann die folgende Resolution:

Der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands begrüßt die günstige Entwicklung der christlich-nationalen Staatsangestellten- und Staatsarbeiterverbände und ihre erfolgreiche sozialpolitische Standesarbeit, wie auch die planmäßige und von großem volkswirtschaftlichen Verständnis und nationalem Pflichtgefühl zeugende Tätigkeit, die von den genannten Verbänden auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Erziehung entfaltet wird.

Der Kongreß hofft, daß das Streben der christlich-nationalen Staatsangestellten- und Staatsarbeiterverbände nach einer stetigen Hebung der wirtschaftlichen Lage der Staatsbediensteten, reichsgerichtlicher Regelung der Dienst- und Abzeichen im staatlichen Verkehrsverkehr und weiterem Ausbau der Arbeiterausschüsse in den Staatsbetrieben und Errichtung von Zentralausschüssen bei den verhinderten Regierungen, den Verwaltungen der Reichs- und Staatsbetriebe und bei allen bürgerlichen Parteien das notwendige Entgegenkommen und sozialpolitisches Verständnis finden möge.

Da die Arbeiter innerhalb des staatlichen Verkehrsverkehrs der Reichsgewerbeordnung nicht unterstellt sind, hält der Kongreß die Schaffung eines, den eigenartigen Verhältnissen der Staatsbetriebe entsprechenden Staatsarbeiterrechtes für dringend notwendig."

In der Aussprache berichteten die Vertreter der verschiedenen den christlichen Gewerkschaften angegeschlossenen Staatsarbeiterverbände über das Verhältnis zu ihren Dienstbehörden, sowie den neutralen und sozialdemokratischen Verbänden. Die von dem Referenten zur Annahme empfohlene Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen. Weiter wurde auch die Entscheidung über das Startstellwesen, die der Redaktionskommission überwiesen worden war, jetzt einstimmig angenommen. Gesamtbundessekretär Joh. Bergmann referierte sodann über „Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsnachweis“. Der Vortrag aipfelte in folgenden Leitsätzen, die auch von der Versammlung angenommen wurden.

„Der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hält die Lösung der Arbeitslosenfrage für eine der bedeutsamsten Aufgaben der zukünftigen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Durch die Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur und die Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes werden fortlaufend eine Anzahl von Erwerbstätigen ohne eigenes Verdienst arbeitslos und damit ihrer einzigen Einkommensquelle beraubt. Für die Betroffenen und deren Familien, wie für die Volkswirtschaft und Allgemeinheit ist das von den nachteiligsten Folgen.

Zum weiteren Erfolg der bisherigen Bemühungen der christlich organisierten Arbeiterschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen empfiehlt der Kongreß den christlichen Verbandsorganisationen den weiteren Ausbau bezw. die Einführung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Darüber hinaus ist es unabweisbare Pflicht der Gesellschaft, durch Reich, Staat und Gemeinde der Arbeitslosigkeit und ihren Folgen entgegenzuwirken.

Das Wichtigste ist, vorbereitende Maßnahmen zu treffen. Daher sind seitens der öffentlichen Gewalten alle Bemühungen zu fördern, durch die eine größere Stabilität des Arbeitsmarktes herbeigeführt werden kann. Die leitenden Produktionsfaktoren, besonders die großen Zweigverbände in Industrie und Handel — Kartelle, Syndikate, Händlervereinigungen usw., auch Staats- und Kommunalbehörden — haben bei der Vergabe oder Übernahme von Aufträgen diesem Gesichtspunkt besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Dringend notwendig ist ein besserer Schutz der nationalen Arbeitskraft. Der bisherigen idiosyncraticen Schutzhülle mit billigeren ausländischen Arbeitskräften sind nötige Schranken zu ziehen. Die heimischen Arbeiter haben ein Recht darauf, in Deutschlands Industrie, Handel und Gewerbe zuerst Arbeit und Brot zu finden.

Die Arbeitsvermittlung ist durch Reichsgesetz zu regeln. Das Gesetz muß allgemeine Vorschriften über die Tätigkeit des Arbeitsnachweises enthalten, die eine bessere Überblicklichkeit des Arbeitsmarktes ermöglichen. Ferner kann die Arbeitsvermittlung der staatlichen Aufsicht unterstellt und jeder Missbrauch verboten werden.

Öffentliche (kommunale — gemeinnützige) Arbeitsnachweise sind zu empfehlen, vorausgesetzt, daß ihre Vermittlungstätigkeit einwandfrei ist und auch den Arbeiterorganisationen ein entsprechender Einfluß eingeräumt wird. Ebenso empfiehlt es sich, die vorarländischen Nach-Arbeitsnachweise den öffentlichen, gemeinnützigen Nachweisen, wo eben möglich, anzulehnen. Generell abzulehnen ist jeder Zwang bei der Arbeitsvermittlung, durch den die Freiheit des Arbeitsvertrages, die Freizügigkeit und soziale Weiterbildung unterbunden werden.

Für die unverschuldet Arbeitslosen zu sorgen, ist Pflicht der Allgemeinheit und die nächste dringliche Aufgabe unserer Sozialpolitik. Eine befriedigende Lösung kann nur in einer reichsgerichtlichen Arbeitslosenversicherung auf beruflicher Grundlage gefunden werden. Um praktische Unterlagen zu gewinnen, sind als Übergang zur reichsgerichtlichen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in allen höheren Gemeinden in Ablehnung an die gewerkschaftliche Arbeitslosenfürsorge freiwillige Arbeitslosenversicherungen zu schaffen. Die Bundesstaaten sollen die Gemeinden zur

Einführung kommunaler Arbeitslosenversicherungen anhalten und bestehende Einrichtungen durch Zuschüsse aus Staatsmitteln fördern und unterstützen.

Grundsätzlich und praktisch ist bei der Arbeitsvermittlung wie bei der Arbeitslosenfürsorge die Mitwirkung der Gewerkschaften unentbehrlich, weshalb ihnen allgemein ein entsprechender Einfluß einzuräumen ist.“

Von den verschiedenen Berufsverbänden wurden in der Debatte Anträge gestellt, die auch im Sinne der Antragsteller erledigt wurden. Es waren Wünsche und Vorschläge zur Frage des Arbeitsnachweises und der Fürsorge der Arbeitslosen.

Nun wurde noch ein Antrag zu Punkt 9 der Tagesordnung angenommen, worauf sich die Versammlung 146 Uhr auf Donnerstag vertagte.

Dresden, den 10. Oktober 1912.

Der heutigen letzten Verhandlung wohnen als Ehrengäste bei Se. Exzellenz Wirkl. Geh. Rat D. Graf Otto Bismarck v. Edstädt, Geh. Hofrat Opitz, Dr. Böhme, Präsident des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums.

Es folgten nun die Referate über das Arbeitsrecht. Berichterstatter sind die Herren Referendar Röhr-Güniger (Gladbach) und Reichstagsabgeordneter Becker-Arnberg. (Den Vortrag veröffentlichten wir in einer der nächsten Nummern.) Die Diskussion eröffnete Wieber-Duisburg und sprach sich für die Sonntagsruhe in der Eisenindustrie aus. Weiter erörterte er die Zustände in den Betrieben mit ihren feuer speienden Umläufen. Die Bedeutung dieser Industrie zu schildern wäre überflüssig, denn ohne diese Industrie hätten wir keine Eisenbahnen und keine Kanonen. Jetzt aber, wo der Herrenkessel Europas aufstun will, ist es gut, zu wissen, daß wir nicht die schlechtesten Waffenschmiede in Deutschland haben. Der Redner geht dann näher auf die Arbeitszeit des Arbeiters ein und da ergibt sich die Tatsache, daß diese die ganzen 365 Tage im Jahre beschäftigt sind. Es debattieren noch weitere drei Redner und dann geht die Versammlung zu Punkt 8 der Tagesordnung über, nachdem sie noch Leitsätze angenommen hat, in denen besonders ein übersichtliches Arbeitsrecht gewünscht wird.

Staatsminister Freiherr v. Berlepsch und Verbandsvorsitzender H. Kutsché i.d. St. sprechen über „Das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen“ und empfehlen folgende Resolution zur Annahme: „Der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands betrachtet das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen als eine Einrichtung, die berufen ist, die zwischen Arbeitern und Arbeitgebern aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag entstehenden Differenzen in einem gerechten und billigen Ausgleich friedlich beizulegen.“ Dieses Ziel kann jedoch nur dann in möglichst weitem Umfang erreicht werden, wenn einmal das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen in allen Gewerben und Industrien — besonders auch in der Großindustrie — Eingang findet und wenn es ferner in der bestmöglichsten Weise gehandhabt und nach ständiger Vervolksommunung gestellt wird. Letzteres ist um so notwendiger, weil das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen gerade in der Zukunft berufen sein wird, über wichtige Lebensfragen der Arbeiterschaft und von Gewerbe und Industrie, sowie über gewaltige nationale Werte zu entscheiden.

Aus diesem Grunde erachtet es der Kongreß insbesondere als eine Selbstverständlichkeit, daß in den gewerblichen Schieds- und Einigungsämtern alle in Betracht kommenden Gewerkschaftsrichtungen vertreten sein müssen. Er erhebt deshalb gegen die einzelne Bezeichnung des Schieds- und Einigungsamtes für das Buchdruck-, Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe mit sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaften und gegen das Bestreben, diese vorwiegende Branche auch auf andere Gewerbe zu übertragen, den schärfsten Protest.

Die auf dem Kongreß vertretenen Organisationen verpflichten sich, in Zukunft alles aufzubieten, um eine Monopolstellung der sozialdemokratischen Verbände im gewerblichen Schieds- und Einigungswesen zu verhindern und den christlichen Gewerkschaften den ihnen gebührenden Einfluß zu sichern. In diesem Bestreben rechnen sie auf die taatliche Mithilfe der christlich-nationalen Arbeiterschaft und von jener Kreise, denen die Wahrnehmung der allgemeinen Interessen des deutschen Volkes obliegt.“

## Deutsches Reich.

Dresden, den 10. Oktober 1912.

— Fleischversorgung und staatliche Festlegung der Höchstpreise. Der Bundesrat wird sich heute, Donnerstag, mit dem Gesetzentwurf über die Fleischversorgung beschäftigen, der den Bundesrat ermächtigt, für die Zeit bis zum 31. März 1914 mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 ab an Gemeinden, die frisches und gefrorenes Fleisch von Vieh aus dem Ausland für eigene Rechnung einzuführen, den nach Nr. 108 des Zolltariffs erhobenen Eingangs zoll bis auf einen Beitrag zu erhöhen, der sich ergibt, wenn anstatt der Vollzoll von 35 oder 27 Mt. der Zollzoll von 18 Mt. für den Doppelzollzoll zugrunde gelegt wird. Es war in Aussicht genommen, daß die beteiligten Städte zu gemeinsamem Bezug sich zusammenschließen sollten, und daß durch die Regierungspräsidenten die jedesmaligen Höchstpreise für den Detailverkauf festzulegen sind. Auf der kürzlich zusammengetretenen Konferenz mit Städtevertretern ist nun der Ansicht Raum gegeben worden, daß eine behördliche Preisfestsetzung starke Bedenken erweckt, sodass man es für nötig halte, von ihr abzusehen. Voraussichtlich dürfte diesem Wunsche Folge gegeben werden, sodass dann die Gemeinden im Einvernehmen mit den Fleischern die Festlegung der Preise ohne behördliche Mitwirkung vornehmen könnten.

— Frauenbewegung und Liberalismus. Auf dem Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei führte die Führerin der Frauenbewegung, Fräulein Dr. Bäumer, u. a. aus, die Frauenbewegung sei von Haus aus eine liberale Bewegung. Ihre Kampfmittel seien aus dem Waffenarsenal des Liberalismus gelommen. Die Frauenbewegung sei ein Kind des Liberalismus und es bestehe unmittelbar ein innerer Zusammenhang zwischen ihr und dem Liberalismus. Die Ausführungen der Frauendame empfiehlt die „Deutsche

Tageszeitung“ dem Deutsch-Evangelischen Frauenbunde, der sich bekanntlich der Forderung des politischen Stimmrechts für die Frau gegenüber ganz still verhalten hat, zu besonderer Beachtung.

— Der Parteitag der Verleistung. Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei, von dem vorher in der Parteipresse soviel Warm und soviel Wesens gemacht wurde, erinnerte nach der „Deutschen Tageszeitung“ in seinem Verlaufe und in seinem Ergebnisse einigermaßen an das sprichwörtlich gewordene Hornberger Schlehen. Um die Einigkeit, deren man so dringend bedurft, äußerlich herzustellen, mußte man sich entschließen, in fast allen wichtigen Fragen farblose Resolutionen anzunehmen, die eigentlich keinem gefallen, für die aber jeder ohne ein allzu großes Opfer des Intellekts und der Überzeugung stimmen konnte. So war es in der Agtagfrage, so in der Arbeiterfrage, so in der Frauenfrage usw. War eine Einigung überhaupt nicht herbeizuführen, so überwies man die Anträge entweder dem Parteivorsitzende, oder einer Kommission. Jedesmal, wenn auf diese Weise die Einigkeit gerettet und verfestigt war, erhob sich stürmischer Beifall. Dieser Beifall bewies, wie gendgsam unsere Fortschrittliter nachgerade geworden sind.

## Aus dem Auslande.

### Österreich-Ungarn vor wichtigen Entscheidungen.

Wien, 9. Oktober, wird gemeldet: Gestern abend fand ein gemeinsamer Ministerrat statt, in dem die Nachtragsforderung des Kriegsministers, wie es heißt 250 Millionen Kronen (nach anderen meldungen 410 bis 500 Millionen), für die Ausrüstung des Heeres und der Marine zur Beratung stand. Die österreichische und die ungarische Regierung haben, wie der „Voss. Blg.“ gemeldet wird, bereits grundsätzlich ihre Zustimmung dazu gegeben. Die österreichische Regierung verfügt gegenwärtig über 320 Millionen Markbestand. Der gemeinsame Ministerrat wird feststellen, ob 410 oder 450 oder 470 oder die ganzen 500 Millionen der Heeresverwaltung bewilligt werden sollen. Der Generalstabchef General v. Schiemer hatte in dieser Angelegenheit eine lange Audienz beim Kaiser. Die Lage wird als außerordentlich ernst betrachtet.

In maßgebenden Kreisen wird erklärt, daß die Monarchie Vorbereitungen trifft, um in der gegenwärtig kritischen Zeit gegen alle Möglichkeiten gewappnet zu sein. Ein Mitglied des gemeinsamen Ministerrates erklärte am Schluss der nächtlichen Beratung auf die Anfrage, ob auch eine Mobilmachung beschlossen worden sei: „Es ist keine Mobilmachung beschlossen worden; denn das brauchen wir heute noch lange nicht.“

Nach Informationen aus Delegiertenkreisen ist damit zu rechnen, daß die österreichisch-ungarischen Militärkredite die bisher genannten Summen weitauß übersteigen werden, da nicht nur Erfordernisse des Heeres, sondern auch solche der Kriegsmarine berücksichtigt werden müssen.

### Frankreich

— Panik an der Pariser Börse. Aus Paris, 9. Okt., wird berichtet: Die Balkanereignisse, insbesondere der bevorstehende Bruch Bulgariens und Serbiens mit der Türkei haben auf die Pariser Börse den deprimierendsten Eindruck aus. Der stürmisch erregte Verlauf der ganzen Börse bot ein wesentlich schlimmeres Bild als das der Börse am 1. Oktober. Es erfolgte ausnahmslos in allen Gruppen ein noch schärferer Kurzsturz, der alles mit sich riss, so daß die Gesamtverluste angesichts der völligen Veroute ungeheuer sind.

### Italien

— Ein Vorstoß der Italiener. Rom, 9. Oktober. Die „Agencia Stefani“ meldet aus Tripolis: Nach der Landung von Truppen in Bomba wurde gestern in dem westlichen Sektor von Terna eine Vorwärtsbewegung durchgeführt. Eine Kolonne brach von Terna auf. Eine andere marschierte gegen Marabut, Sidi Abdalla. Der Feind wurde nach heftigem Widerstand auf der ganzen Linie zurückgewiesen. Die italienischen Truppen bemächtigten sich der ganzen Gegend. Die Verluste des Feindes sind sehr beträchtlich. Auf italienischer Seite wurden 4 Mann getötet und 59 verwundet.

## Versammlung des Volksvereins

Der Volksverein für das katholische Deutschland hielt Mittwoch abend im Gesellenhaus eine sehr gut besuchte Versammlung ab, die im Auftrage des Landesvertreters Dr. Rentschla von Herrn Direktor Seidler eröffnet wurde. Der Abend brachte zwei glanzvolle Reden, die wir leider Raumangaben wegen nur im Auszuge veröffentlichen können. Von brausendem Beifall begleitet, nahm zuerst der Generaldirektor des Volksvereins Dr. Brauns das Wort. Rentschla sprach zunächst über die Aufgaben des Volksvereins für das katholische Deutschland, der ausslärend wirken soll, und zeigte dies am Beispiel der Teuerung. Er stellte die Tatsache fest, daß die Preise fast sämtlicher Bedarfssachen und Lebensmittel in gewerblichen Erzeugnissen sowie Rohstoffen seit dem Jahre 1895 in außerordentlicher Weise empfunden sind. Bis zu diesem Jahre 1895 herrschte ein gewisser Tiefstand, da unser gesamtes Wirtschafts- und Gewerbeleben in den Jahren 1873—1895 darniederlag. Mit 1895 beginnt der ungeheure Aufschwung Deutschlands, sowohl in politischer wie in industrieller Hinsicht. Das ganze Kulturland wurde dadurch geändert. Mit dem Steigen des Wohlstands und der Bedürfnisse haben sich auch die Preise für Lebensmittel gehoben. Von 1895—1911 betrug die Steigerung 29 Proz., also jährlich ca. 2 Proz.; von 1895 bis 1912 dagegen betrug die Steigerung 47 Proz. Im letzten Halbjahr allein betrug sie 15 Proz. Da drängt sich die Frage auf, ob die Gehälter der Beamten, die Einnahmen der Handwerker und die Löhne der Arbeiter im selben Verhältnis gestiegen sind? Antwort: bis 1908 war die Steigerung der Lohnkurve schneller und höher als die der Preislinie. Seit 1908 ist das ganz anders geworden: die Löhne haben mit der Steigerung der Preise nicht Schritt gehalten. Die Sache ist nicht so lässig, wie die radikale Presse sie darstellt, aber es ist doch zweifellos, daß, wenn diese Preise anhalten, die Konsumkraft des Volkes auf die Dauer gefährdet würde. Eine Steigerung der Löhne und Gehälter ist im allgemeinen und mit einem Schlag nicht





Generalversammlung  
der Görresgesellschaft

Opo. Freiburg, den 8. Oktober 1912.

Die heutige ordentliche Mitgliederversammlung wies eine starke Teilnehmerzahl auf. Anwesend von Freiburger staatlichen und städtischen Behörden waren Se. Magistriz Professor Dr. Oltmanns, Prorektor der Universität, Herr Landeskommisär Geheimer Rat Pöhlsterer, Amtsvorstand Geheimer Rat Ruth, Erster Bürgermeister Dr. Thoma. Der Vorsitzende der Görresgesellschaft, Exzellenz Dr. Freiherr v. Hertling, eröffnete die Versammlung. Erzbischof Dr. Thomas Rörber richtete darauf folgende Worte an die Versammlung: Hochgeehrte Versammlung! Gern entspreche ich der Aufforderung, zur Eröffnung dieser Versammlung ein Wort an Sie zu richten. Freiburg war immer frei und offen für alle guten Bestrebungen. Freiburg hat immer durch ein ideales Streben sich ausgezeichnet. Durch Jahrhunderte schon gibt unter stolzer Münsterburg davon Zeugnis. Unsere Alma mater ist ein weiterer Beweis dafür, daß man hier Wissenschaft pflegt und liebt, und die stolzen Räume, die uns heute beherbergen, sind ein ebenso lichter Beweis dafür, daß Freiburg nicht nur die Perle des Breisgaus sein möchte durch natürliche Vorzüglichkeiten, sondern auch sein möchte — ein freier Hort in idealen Gütern. Die geistige Bildung hat gegen früher andere Bahnen eingeschlagen, und trotzdem glaube ich, daß auch heute die katholische Görresgesellschaft und die modern gerichtete Universität auf dem gleichen Boden mit gutem Verständnis sich zusammenfinden werden. Vor wenigen Monaten wurde dieses neue Anwesen den Studien und ihrer Benützung übergeben, und damals ist in allen Variationen als notwendigste und unveräußerliche Forderung wissenschaftlichen Strebens die Freiheit des Forschens betont worden. Auf dem Boden des freiheitlichen Forschens bewegen wir uns. Im Forschen gibt es bloß eine einzige Fessel, und das ist die Vereinigungsmenheit. Die katholische Wissenschaft möchte grundsätzlich von aller Vereinigungsmenheit abgehen. Die katholische Wissenschaft kennt bloß eine Voraussetzung, daß der Mensch mit Vernunft begabt ist, und daß sein Denken sich betätigen muß nach den ihm angeborenen Gesetzen der Vernunft, und nur eine Voraussetzung, daß den Menschen, die ein so heftiges Bedürfnis nach Wahrheit haben, auch der Erwerb der Wahrheit sicher sein muß. Es muß Wahrheiten geben, die feststehen, in deren Gemüth wir ruhen und uns freuen können. Das ist die einzige Voraussetzung, mit welcher der katholische Forscher an seine Arbeit geht. Wenn nun seine Vernunft ihm sagt, daß im Verfolg des Konsolidierungsgesetzes das die ganze Welt beherrscht in allen seinen Reichen, man eben darauf kommen muß, daß das Sein einen Ursprung haben muß, daß der Gesetzmäßigkeit ein Gesetzgeber entsprechen muß, daß den weisen Einrichtungen ein weiser Schöpfer gegenüberstehen muß, so ist das nur ein Resultat der gefundenen Vernunft. Und unvoreingenommen im Ihrem wissenschaftlichen Bestreben anerkennen Sie diesen Gott. Und wenn in diesen Bestrebungen die Forscher Tatsachen nachweisen, die gar nicht erklärt werden können außer durch ein Eingreifen aus einer anderen Welt, durch ein Eingre-

fen Gottes, wenn die historische Forschung ferner nachweist, daß eine Person erschienen ist in der Welt als Mittelpunkt der ganzen Weltgeschichte, deren ganzes Auftreten, deren ganzer Ideengang, deren ganzes Wirken nur erklärbar ist als das Werk des menschgewordnen Gottes, dann bringt sie auch vor ihm seine Seele. So steht die katholische Wissenschaft voraussetzunglos und vorurteilstfrei, und sie verhindert es auch nicht, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Wenn Gott der Herr der Welt ist, dann sind wir eben seine Geschöpfe und beugen uns vor ihm. Wenn er Gelehrter der Natur ist, so ist er auch der Gelehrter der Menschen, und so ist auch unser Wirken ihm untergeordnet. Das katholische Lehrgebäude ist ein Gebäude voller Konsequenzen, wo ein Satz aus dem anderen sich ergibt, und in diesem Sinne betätigt sich die katholische Forschung. In diesem Streben hat sie herrliche Resultate erreicht. Ich begrüße die Versammlung der Görresgesellschaft von ganzem Herzen und habe das zuversichtliche Vertrauen, daß sie überall, wo der Verein aufgetreten ist, das wissenschaftliche Leben geweckt und Anerkennung gefunden hat, daß seine Tagung auch uns zum Segen gereicht. Möge der liebe Gott die Tagung begleiten, und möge es von ihm beschert sein, daß die Erwartungen, die wir von derselben hegten, reichlich in Erfüllung gehen, und daß die heutige Tagung für den Verein selber eine neue Periode weiteren Blühens und Wachens bedeutet. (Lebhafte Beifall.)

Darauf ergriß von äußerst starkem Beifall begrüßt, der Vorsitzende das Wort.

Exzellenz Freiherr v. Hertling führte aus:

Doch die Görresgesellschaft kein politischer Verein sei, haben wir in den ersten Jahren ihres Bestandes geglaubt, nachdrücklich hervorheben zu sollen. Denn in der Zeit des Kulturmühlens wurden in manchen Gauen unseres Vaterlandes die Bestrebungen im katholischen Lager mit Argusaugen überwacht. Wir sind indessen niemals in Konflikt mit staatlichen Behörden gekommen. Doch wir seinerlei politische Ziele verfolgen, wurde anerkannt, wenn auch zu Anfang hier und da ein Vertreter der Polizei unseren Versammlungen beigewohnt haben mag. Dies heute hervorzuheben, bestimmt mich ein persönlicher Grund. Wäre die Görresgesellschaft ein politischer Verein, so würde ich in meiner veränderten Stellung ihm nicht mehr angehören, entgingt nicht als Vorsitzender, so hätte ich zu den Opfern, die das neue Amt mir auferlegt, auch noch das weitere hinzuzufügen, mich von Bestrebungen trennen zu müssen, die mir seit 36 Jahren ganz besonders lieb und vertraut gewesen sind. So aber darf ich heute in der alten Weise unter Ihnen erscheinen, zu Ihnen reden und die vielen alten und die neuen Freunde in unveränderter Herzlichkeit begrüßen.

Als ich so völlig unvermutet an die Spitze des bayerischen Ministeriums gestellt wurde, ist wiederholt — von den einen in freundlichem Zorn, von den anderen nicht ohne Ironie — an den Ausspruch Platons erinnert worden, daß den Völkern wahre Wohlthat nur zuteil werden könne, wenn Philosophen zur Herrschaft berufen würden. Man hat das Wort belächelt und ich selbst habe, als im bayerischen Landtag daran hingewiesen wurde, gemeint, unter den heutigen Verhältnissen und den verwickelten Aufgaben des modernen Staatslebens würde Plato seinen Ausspruch nicht

wiederholt haben. Und doch läßt sich, so scheint mir, zeigen, daß ihn bei richtigem Verständnis eine weit über den Zusammenhang, in dem er ursprünglich gesprochen wurde, hinausgehende Bedeutung zukommt. Redner führt aus, wie Plato und seine Jünger den Bestand hochhielten, vom Wechsel der Dinge und Zustände unabhängiger Wahrheiten verstanden, und wie diese platonischen Ideen im Christentum ihre Vertiefung und Vereicherung gefunden haben.

Darauf erstattet Generalsekretär Dr. Cartaud den Jahresbericht; er teilt mit, daß nach einer bis 15. September reichenden Übersicht die Mitgliederzahl um eine Kleinigkeit gesunken war, sich aber noch immer zwischen 4000 und 4100 hielt, außerdem sind inzwischen noch viele weitere Anmeldungen erfolgt. An den neuen Mitgliedern ist in erster Linie die Erzdiözese Freiburg beteiligt. Unsere Finanzen zeigten voriges Jahr bei der Hildesheimer Versammlung ein etwas hippokratisches Gesicht. Nicht als ob die regelmäßigen Einnahmen irgendwie erheblich zurückgegangen wären, aber die außerordentlichen Zuwendungen waren damals um rund 10 000 Mark hinter dem Vorjahr zurückgeblieben, so daß der Vorschlag für den Abschluß des Geschäftsjahrs 1911 mit einem Fehlbetrag von ungefähr in derselben Höhe redete. Bis zum Schlusse des Jahres ließen zwar noch 4600 Mark an außerordentlichen Zuwendungen ein, aber beim Jahresabschluß blieb bei stark gesteigerten Ausgaben (75 570 Mark gegen Einnahme 68 243 Mark) immerhin noch ein Fehlbetrag von über 7000 Mark übrig. Das ist bei einem Vermögen von über 78 000 Mark gewiß kein Unglück, aber doch nicht angenehm. Diesmal steht es besser. Auf den ersten Blick war ich sogar sehr angenehm überrascht. Nach der Übersicht vom 15. September betrugen die Ausgaben bis dahin 41 660 Mark, bis Ende des Jahres noch zu erwarten 23 170 Mark. Einnahmen 61 900 bezw. 8030 Mark, zusammen 70 930 und 67 831 Mark, gegen das Vorjahr Einnahmen + rund 1780 Mark, Ausgaben — rund 6850 Mark. Darnach wäre ein Überfluss von mehr als 2000 Mark zu erwarten. Doch war die tröstliche Bissel nur durch eine neue, für die Überflächlichkeit des Staats zweckmäßige Buchungsmethode erreicht, während nach der alten Methode Einnahmen und Ausgaben sich ungefähr ausgleichen würden. Und dann: die Geschäftsstelle denkt und der Vorstand lenkt, und je nach den Neubewilligungen hier in Freiburg ist es leicht möglich, daß sich Ende Dezember doch wieder ein wenn auch nicht entfernt mehr so großes Defizit ergibt.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten.

Chemnitz. (Kath. Arbeiter-Verein.) Sonntag den 13. Oktober, abends 1/2 Uhr, findet im Hotel "Vier Jahreszeiten", Wallstraße, die Vereinsversammlung statt. Zahlreich erscheinen!

Messene. (Kath. Kästno.) Sonntag den 13. Oktober, nachmittags 5 Uhr Versammlung mit Vortrag.

Delitzsch i. Erzg. Am Sonntag, den 13. Oktober, nachm. 1/2 Uhr, hält der St. Joseph-Männerverein im Rathaus eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zahlreiches Erscheinen wird gewünscht.

Radeberg. (Märktenverein.) Dienstag den 15. Oktober Versammlung bei Schiemann.

— 60 —

"Leo verdient es so sehr, glücklich zu sein, gnädigste Frau," nahm Anne-Liese schlüssig das Wort. "Er ist so gut, trotz seiner Fehler. — Er ist auch treu," fuhr sie fort, als sie sah, daß Menta verächtlich abweisend mit der Hand wünschte. „Glauben Sie es mir. Ich kenne ja jede Facette seines Herzens, Zug um Zug! Ich weiß, wie es gesonnen, daß er mir meine kindlichen Träume von Glück zerstört, zerstören müsste, und ich fürchte ihn nicht, keine Minute, aber ich bin traurig, unsagbar traurig, daß ich nichts, nichts tun kann, um ihn wenigstens glücklich zu jehen!"

Sie senkte wie bestimmt das Köpfchen und trat ganz nahe an Muntas Lager.

"Frau Gräfin, bat sie weich, seien Sie nur einmal aufrichtig. Werfen Sie nur einmal die Maske ab und zeigen Sie, daß auch Sie ein Herz haben — was Leo beweist — und alles, alles kann noch gut werden!"

Menta schüttelte bestimmt den Kopf.

"Nein, ich will nicht," entgegnete sie fest. "Ich hasse ihn, hasse ihn wie nichts auf der Welt, weil er mich — grenzenlos, grenzenlos elend macht!"

Anne-Liese war, erfreut vor dem Ausbruch der Leidenschaft bei der jungen Frau, neben dem Lager der Gräfin auf die Knie gesunken.

Menta bat sie weich, "Menta, bitte, bitte, lassen Sie sich. Nicht so!" bat sie, als Menta sie bestigkt zurückstoßen wollte, "nicht so!"

Und dabei legte sie ihren Arm um Muntas Hals und zog den blonden Kopf der jungen Frau beschwichtigend an ihre Brust. Unter dieser halb kalten und doch so warmen Liebeslösung wurde die Gräfin ruhiger. Ihre Züge glätteten sich, und wie ein warmer Hauch legte es sich um das blonde Gesicht des jungen Weibes.

So lag sie eine Weile wie ein schlafendes Kind träumend in Anne-Lieses Arm. Die roten Lippen waren leicht geöffnet. Es war, als wollten sie verschwinden, und nur von Zeit zu Zeit zuckten sie leise wie in nervösem Schauer zusammen. Da kam es wie ein tieferes Erbarmen über Anne-Liese und leise schmiegten sich ihre frischen Lippen auf Muntas Mund.

"Menta, verzeihe mir!" bat sie weich, "ich will dich lieb haben und deine Freundin sein."

Ein glückseliges, kinderhaftes Lächeln flog über der Gräfin Antly. Sie nahm Anne-Lieses Köpfchen in ihre Hände und sagte wie im Jubelton, ihr tief in die Augen sehend: "Du Sohe, Stolze, kleine, habe Dank!"

Dann schlossen sich die großen, strahlenden Augensterne mit glückseligem Lächeln, und es dauerte nicht lange, da verklündeten tiefe regelmäßige Atmung, daß Menta fest und sich schlief.

Anne-Liese aber kniete noch immer am Lager derjenigen, die ihr alles geräumt, Glück, Liebe, Leben, und betete für das Glück des kindlichen Weibes, daß vor ihr lag in holdseliger Schönheit, wie sie noch keins geschaute.

Der Mond quakte jetzt neugierig durch das graue Gewölbe gerade in Anne-Lieses Fenster hinein, er lachte vergnüglich und warf einen hellen Lichtschein über die beiden Frauen. Dann jagten finstere graue Wolken darüber hin, und es war dunkel im Zimmer, tief dunkel.

Noch dunkler aber war es in Leos Herzen, der einsam bis zum Morgengrauen durch den feuchten Wald wanderte, und erst beim ersten Frühlicht in die Burg zurückkehrte. Es war Sonntag Morgen.

Sie reichte ihm herzlich die Hand, während ihr Blick zu Leo hinüberflog, der mit Antwald sich in ein landwirtschaftliches Gespräch vertieft zu halten schien.

"Frölein von Goldendorf," rief sie Anne-Liese zu, die eben eine Tasse mit dem duftenden, heißen Tee füllte, "hier können Sie Ihren Samaritergeistlusten die Bügel schließen lassen, versorgen Sie meinen Schwager, er nimmt den Tee doch am liebsten aus Ihren reizenden kleinen weißen Händen."

Sie hatte alles lachend und scherzend gefragt. Anne-Liese hatte die Abreisezeit, die für sie in den Worten lag, wohl verstanden, aber sie ignorierte die Tasse vollständig. Gelassen schritt sie mit der gefüllten Teetasse auf den Butter zu.

"Geht es dir heute wieder schlechter, Eberhard?" fragte sie freundlich teilnehmend.

Er neigte verneinend das Haupt.

"Nein, nein, Anne-Liese."

Sie legte ihm den Zucker in die Tasse und goß ihm Kaffee dazu. Alles so selbstverständlich, als wäre für ihn zu sorgen ihre stete Lebensaufgabe. Einem Augenblick hielte er dankend die leise zuckenden Finger fest, die so freundlich ihn bedienten.

"Du bist bleich, Anne-Liese," sagte er hastig, nur ihr verständlich, "hat dich Menta gekränkt?"

Das junge Mädchen schüttelte bestimmt das Köpfchen.

"Leo, dem das Gespräch eine Ewigkeit dünkt, rief jetzt herüber: "Willst du mich verständigen lassen, Anne-Liese?"

"Bewahre, Besser," entgegnete sie freundlich. — "Lore, bringe Leo sofort die Tasse hinüber."

Vor tot, wie ihr geheißen und wunderte sich, daß Leo, der sonst immer so gut zu ihr war, sie mit so bösen Augen ansah. Der Graf trank die Tasse in einem Zug leer — er sah aus, als wollte er sie wütend an die Wand schlagen. Mühem beherrschte, rief er jetzt herüber: "Bist du bereit, Menta, mit heimzufahren? Der Wagen wartet, und ich fürchte, die Pferde werden unruhig."

Bei diesem Besser den halbherzigen Weg? Ich denke nicht daran. Fahrt ihr nur zu, ich nehme mit Geri dankend die gebotene Gastfreundschaft im Goldendorf an."

In Leos Augen loderte es wild auf. Ihr Trotz empörte ihn, noch mehr aber war es wohl der Gedanke, daß sie es wagte, sich in Anne-Lieses Gegenwart gegen ihn aufzulehnen, der sein Blut in Wallung brachte.

Sie sah ihn amüsiert an. Unwillkürlich senkte er vor ihren Augen den Blick. Er las ganz deutlich darin: "Wenn es dir Spaß macht, hier ein Beispiel zu geben, wie herrlich sich unsere Ehe gestaltet hat, so tue es nur, ich werde dir den Spaß nicht verderben."

Etwas wie ein Gefühl tiefer Ohnmacht überkam ihn. Diese Frau, die er so leichtfertig an sich gebunden, hatte er bedeutend unterschätzt. Sie beobachtete gegen einander, aber sie kämpften mit ungleichen Waffen, denn sie

— sie hatte kein Herz — während er —

Auf Linien.

